

## Ein wirtschaftlich und sozial starkes Europa für eine grüne und sichere Union

Verfasst von Philippe-Emmanuel Partsch



Philippe-Emmanuel Partsch, Partner der Kanzlei Arendt & Medernach in EU-Rechtsfragen, Professor an der Universität Lüttich, Gastprofessor an der Universität Paris II und ehemaliger Referent am EuGH. (Foto: Arendt)

**In diesem „ganz besonderen Sommer“ gibt Paperjam zehn Personen aus dem öffentlichen Leben Gelegenheit, ihre Analyse der Herausforderungen für die Europäische Union vorzustellen. Das Wort hat in dieser Woche Philippe-Emmanuel Partsch, Partner der Kanzlei Arendt & Medernach in EU-Rechtsfragen, Professor an der Universität Lüttich, Gastprofessor an der Universität Paris II und ehemaliger Referent am EuGH.**

Das Konjunkturpaket stellt eine politische und solidarische Geste dar. Mit der Erhöhung der Kreditaufnahmekapazität der 27 Mitgliedstaaten ist es zudem ein Beleg für den Nutzen der Europäischen Union (EU). Außerdem wird der EU in diesem Rahmen ein beispielloser Handlungsspielraum für antizyklische Maßnahmen eingeräumt.

Der Rettungsplan ist jedoch kein Allheilmittel. Basis- und sonstige Instrumente der EU müssen nun vorrangig eingesetzt werden, um nachhaltig ein stärkeres, gerechteres, grünes und sicheres Europa schaffen zu können. Die Kosten des Unterstützungspakets müssen geschultert und dessen Risiken –

wie zu stark einzelstaatlich ausgerichtete Ansätze, sterile Ausgaben, Freistellung von Verantwortung und die Schuldenfalle – müssen eingedämmt werden.

Im Interesse aller Mitgliedstaaten (MS), ihrer BürgerInnen und Unternehmen muss die EU jedoch in erster Linie durch den Binnenmarkt und eine wettbewerbsstarke UND soziale Marktwirtschaft nachhaltiges Wachstum sicherstellen. Aus diesen Gründen identifiziere ich im Kontext der aktuellen Krise, der Entkopplung von den USA und Asien, der gesellschaftlichen Risse, der umweltbezogenen Herausforderungen und der geopolitischen Spannungen die folgenden fünf Prioritäten:

1) Die endgültige und umweltverträgliche Verwirklichung des Binnenmarkts. In der EU, die nur halb so groß ist wie die USA, leben 40 % mehr Einwohnerinnen und Einwohner. Der Handel mit Waren und Dienstleistungen und das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der EU liegen jedoch jeweils 40 % unter denen der USA. Die Beseitigung von nutzlosen Hindernissen würde das europäische BIP signifikant erhöhen, insbesondere, indem dadurch positive Wechselwirkungen in Gang gesetzt würden. Die europäischen KMU beispielsweise haben häufig eine zu geringe Größe, da sie aufgrund der bestehenden Hindernisse nur am Markt ihres Herkunftslands tätig sein können. Dies mindert ihre Produktivität. Dabei könnten europäische KMU mehr Wachstum erzielen, mehr Arbeitsplätze schaffen, höhere Löhne zahlen, vermehrt in FuE investieren und sich stärker selbst finanzieren, um sich zu guter Letzt als neue Branchenriesen zu etablieren.

2) Eine europäische Gesetzgebung, die den Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb (wie bereits in den Verträgen festgelegt) stärker achtet. Im Interesse der Allgemeinheit sollte eine wirksame Regulierung nur soweit notwendig und gezielter erfolgen. Denn welchen Nutzen kann ein großer Markt haben, der über- oder schlecht reguliert ist?

3) Eine innovative Angebotspolitik, wobei insbesondere die strukturellen Mängel angegangen werden. Das Ziel besteht darin, die Tätigkeit von Unternehmen, ArbeitnehmerInnen und Investoren durch die Schaffung optimaler Bedingungen zu erleichtern bzw. zu fördern, ohne jedoch sie ersetzen oder von ihrer Verantwortung entbinden zu wollen. Schwerpunktbereiche sollten dabei insbesondere FuE, Finanzen, Transport, Energie, Investitionen und Beschäftigung sein. Europa hinkt seit 20 Jahren den USA und Asien in Sachen Innovation hinterher (wo sind die europäischen Tesla, Alibaba, Samsung?). Der Finanzsektor als zweiter Wachstumsmotor hat ebenfalls gefährlich nachgelassen und weist weiterhin Schwächen auf. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Seit 2015 überflügeln die USA mit einer viel geringeren Einwohnerzahl deutlich die EU in Bezug auf das BIP.

4) Zu viele Europäerinnen und Europäer sind von Armut bedroht (über 20 % der Bevölkerung und somit mehr als 100 Millionen Menschen). Die oben genannten Vorschläge sollten das BIP in Europa vor der COVID-19-Pandemie um 20 % erhöhen und die soziale Lage verbessern. Ausreichend dürften diese Maßnahmen jedoch nicht sein. Der Juncker-Plan übertraf zwar um 40 % sein Ziel, private Investitionen zu „mobilisieren“. Das Vorhaben, 20 Millionen Menschen bis 2020 aus der Armut zu befreien, wurde jedoch nur zu 40 % umgesetzt. Das entschlossene Vorgehen des EU-Kommissars Nicolas Schmit zugunsten einer sozialen Marktwirtschaft wird daher alles entscheidend sein. Neben den fortgesetzten

Maßnahmen für einen effizienten Arbeitsmarkt (die Arbeitslosigkeit in der EU ist innerhalb von sechs Jahren um 45 % gesunken) dürften seine Bemühungen zur Verringerung der Obdachlosigkeit und Einführung eines Mindeststundenlohns pro Mitgliedstaat Früchte tragen. Unter Umständen sind jedoch radikalere Maßnahmen notwendig. Wir müssen auf eine Arbeitslosenquote in der EU von höchstens 5 % und eine noch niedrigere Armutsgrenze aktiv hinwirken.

5) Ein wirtschaftlich dynamischeres und sozial gerechteres Europa, das den ökologischen Wandel besser bewältigen und zudem eine gemeinsame Verteidigung aufbauen kann. Insbesondere sollte die Kompaktheit des europäischen Hoheitsgebiets, die gegenüber den USA und Asien eine rationellere Ressourcennutzung und eine gesteigerte Energieeffizienz ermöglicht, dazu genutzt werden, Europa zum Vorreiter unter den umweltfreundlichen Gesellschaften zu machen. Dafür muss eine Synergie zwischen Wirtschaft, Sozialem und Ökologie erzeugt werden.

Die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Grundlagen und die Bedingungen für das Funktionieren der Marktwirtschaft und des Binnenmarktes müssen erhalten und verbessert werden. Die EU könnte immer ehrgeizigere politische Initiativen ergreifen, beispielsweise in Form von gut durchdachten Industrie- und Handelsstrategien und einer angemessenen proaktiven Geldpolitik. Soweit erforderlich könnten in der EU zudem antizyklische Maßnahmen in die Wege geleitet werden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Union die Notfallmechanismen entschärfen kann, sobald sich der Sturm gelegt hat.

Die vorstehenden Vorschläge werden in dem in Kürze erscheinenden Essay „L'Europe, un atout majeur à (encore) mieux exploiter“ (dt. *Europa, ein wichtiges Gut, das es (weiter) auszuschöpfen gilt*) neben weiteren Empfehlungen nuancierter und detaillierter dargelegt.